

Gerhard Göhler

## **Die Berliner Politikwissenschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Politikwissenschaft auf dem Weg zur Professionalisierung?**

80 Jahre Politikwissenschaft in Berlin, Teil II.

Vortrag am 9.2.2001 anlässlich der Übergabe der Diplomurkunden

Es mag ein wenig verwegen klingen, die Entwicklung von 50 Jahren unter ein gemeinsames Motto zu stellen. Der Historiker wird immer auf die vielfältigen Stränge und Ausdifferenzierungen verweisen. Aber mir scheint, es gibt einen roten Faden, wenn wir die Politikwissenschaft in Berlin in diesem Zeitraum betrachten: die Wiederbegründung der DHfP Anfang 1949, ihre Eingliederung in die Freie Universität, die Auseinandersetzungen 1968 und in der Folgezeit, verbunden mit einer großen Expansion in den 70er Jahren, die Umorientierung in Richtung auf Policy-Forschung, schließlich die drastischen Reduktionen und die damit einhergehend die Stabilisierungsversuche nach der deutschen Einheit in den 90er Jahren. Es ist die Entwicklung in Richtung auf Professionalisierung, die Auseinandersetzung um ihre Inhalte und der Kampf um ihre Aufrechterhaltung unter restringierenden Bedingungen. Professionalisierung meint nicht die Ausrichtung der Politikwissenschaft auf und Angleichung an die Berufspraxis - eine berufspraktisch orientierte Ausildung ist Bestandteil der Professionalisierung, aber darin geht sie nicht auf. Es wäre völlig verfehlt, Professionalisierung unter dem Schlagwort von "Ausbildung" einer berufsfernen "Bildung" entgegensetzen zu wollen. Professionalisierung meint vielmehr den Einsatz aller wissenschaftlichen Ressourcen, um dem Stand der internationalen fachspezifischen Ausdifferenzierung entsprechend sowohl grundlagen- als auch anwendungsorientiert zu forschen und zu lehren. Professionelle oder "professionalisierte" Wissenschaft in diesem Verständnis bietet einerseits ein Bildungserlebnis und ist andererseits Voraussetzung für eine sachgerechte Ausbildung.

### *1. Von der Wiederbegründung der DHfP zur Integrationswissenschaft*

Was der Weg zur Professionalisierung konkret bedeutet, lässt sich sehr gut bereits in den 50er Jahren der Politikwissenschaft in Berlin ersehen. Die DHfP wurde am 15. Januar 1949 wiedereröffnet, Initiator und erster Direktor war Otto Suhr, der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin. Die Hochschule knüpfte ausdrücklich an ihre Vorgängerin aus der Weimarer Republik an; ihr Hauptziel sah sie darin, zur Demokratie zu erziehen, und dies vor allem durch Fortbildung von Erwachsenen, insbesondere solchen in

politischen oder öffentlichen Positionen. Sie zielte deshalb auf Gasthörer, die sich in Abendkursen weiterbilden sollten, nicht auf ein Vollstudium zur Berufsausbildung junger Menschen. Entsprechend war auch die Dozentenschaft zusammengesetzt. Der Gründerkreis entstammte vornehmlich dem inneren Widerstand (Carl Dietrich v. Trotha, Ernst Tillich, Gert v. Eynern, Otto Heinrich v.d. Gablentz u.a), nicht der Emigration - und das bedeutet, daß die Gründungsdozenten, unbeschadet ihrer intellektuellen Kapazität, in den vergangenen zwanzig Jahren weder selbst geforscht geschweige noch an der internationalen Entwicklung des Fachs beteiligt gewesen waren. Es ist kein Zufall, daß das erste Kompendium über Politikwissenschaft zur Vorbereitung für die Prüfungen nicht von Dozenten, sondern von Studenten (und durchaus zum Mißvergnügen von Otto Suhr) erarbeitet worden ist.

Vom Professionalisierung kann also bei der Wiederbegründung der DHfP durchaus keine Rede sein. Tatsächlich setzte aber sogleich eine Entwicklung in diese Richtung ein, und zwar in mehreren Strängen.

(1) Von seiten der Studentenschaft gab es erheblichen Andrang - allerdings nicht auf das vor allem angebotene Abendstudium mit Fortbildungscharakter, sondern auf ein Vollstudium mit berufsqualifizierendem Abschluß. Die Institutsleitung wurde von dieser Entwicklung völlig überrascht, sie agierte zunächst reichlich hilflos und paßte sich erst nach etlicher Larmoyanz dem Trend zur Professionalisierung an. 1953 wird das ursprünglich viersemestrige Aufbaustudium durch einen achtsemestrigen Diplomstudiengang abgelöst (die Absolventen durften sich "Inhaber des Diploms der Deutschen Hochschule für Politik" nennen, abgekürzt "IdDdD"), und nach vielfältigen Bemühungen gelang es 1956, dem Diplom zur Anerkennung als gleichwertigem universitärem Studienabschluß zu verhelfen. Mit der Freien Universität gab es langwierige Verhandlungen und Auseinandersetzungen um eine Eingliederung. Hauptstreitpunkt war die Übernahme der DHfP-Dozenten als Professoren an die Universität, wobei die etablierten Fakultäten immer wieder Vorbehalte gegenüber der wissenschaftlichen Qualität der künftigen Lehrstuhlinhaber geltend machten. Schließlich gelang es 1959 doch, die DHfP als "Otto-Suhr-Institut" (Otto Suhr selbst war 1957 verstorben) in der Form eines "interfakultativen Instituts" in die FU einzugliedern, mit Professuren in der philosophischen, der wirtschaftswissenschaftlichen und der juristischen Fakultät. Krönender sichtbarer Abschluß dieser Entwicklung war 1962 die Einweihung des neuen Institutsgebäudes in der Ihnestr. 21, in dessen großem Hörsaal wir auch heute die Diplome übergeben.

(2) Die Hochschule war seit den 50er Jahren um die Ausbildung eines eigenen wissenschaftlichen Profils bemüht. Dies ging zusammen mit der Einrichtung von Lehrstühlen für Politikwissenschaft an den deutschen Universitäten und der bundesweiten Etablierung des Fachs Politikwissenschaft, an der Otto Suhr intensiv beteiligt war. Ein entscheidender Schritt war die dauerhafte Bindung von Ernst Fraenkel, der als Emigrant

seit 1951 an der DHfP lehrte, an die Berliner Politikwissenschaft. Fraenkel entwickelte nicht nur die außerordentlich einflußreiche Lehre vom Neo-Pluralismus für das politische System der Bundesrepublik Deutschland, sondern er definierte erstmals das Fach Politikwissenschaft als eigenständige Disziplin. Aus der Not, daß die etablierten Fächer beanspruchten, den sozialen Kosmos mit ihren Mitteln bereits abzudecken (was Politikwissenschaft als eigenes Fach überflüssig machen würde, ohne daß politische Fragen ernsthaft wissenschaftlich erörtert wären), machte er eine Tugend: Politikwissenschaft ist *Integrationswissenschaft*: "Die Politikwissenschaft leitet ihren Anspruch, als selbständige Disziplin anerkannt zu werden, aus dem Bemühen ab, sich nicht einseitig nur *einer* Betrachtungsweise zu verschreiben, sondern vielmehr durch die Integration verschiedenartiger Betrachtungsweisen - durch die Verwendung sowohl empirisch-deskriptiver als auch normativer Methoden - zu einem umfassenden und deshalb vertieften Verständnis politischer Phänomene zu gelangen" (Die Wissenschaft von der Politik und die Gesellschaft, 1963). Politikwissenschaft faßt die Fragestellungen und die Methoden zusammen, die aus unterschiedlichen Disziplinen zur Aufklärung komplexer politischer Zusammenhänge beizutragen vermögen.

(3) Parallel dazu wurde auf Betreiben des emigrierten ehemaligen DHfP-Dozenten Franz Neumann 1950 an der Freien Universität ein politikwissenschaftliches Forschungsinstitut eröffnet: das "Institut für politische Wissenschaft" (IfP). Franz Neumann, der übrigens mit Ernst Fraenkel eng befreundet war, trieb die Sorge um, daß die DHfP aus eigenen Kräften kein internationales Forschungsniveau erreichen könnte. Die Gründung eines besonderen Forschungsinstituts sollte darum der Berliner Politikwissenschaft den internationalen wissenschaftlichen Anschluß ermöglichen. Leiter war zuerst der Emigrant Arkadij Gurland, später Otto Stammer. Trotz mancher Reibereien zwischen der DHfP und dem IfP, insbesondere zwischen Fraenkel und Stammer, ergab sich aus dieser Doppelung eine intensive Lehre und Forschung, die in der neuen bundesdeutschen Politikwissenschaft führend war.

Insgesamt haben wir es mit einem Prozeß der Akademisierung und Verwissenschaftlichung zu tun, der von unten, seitens der Studierenden, und von außen, seitens der Emigranten, angestoßen wurde. Die Gründer der DHfP haben sich erst widerwillig, dann engagiert dieser Entwicklung angeschlossen. Die Politikwissenschaft begab sich seit Ende der 50er Jahre auf den erfolgreichen Weg zu einer etablierten wissenschaftlichen Disziplin. Das war der erste Schub der Professionalisierung.

## 2. Die Krise der Integrationswissenschaft und der Aufstieg der Policy-Forschung

Anfang der 60er Jahre hatte das OSI (als interfakultatives Institut) 12 Lehrstühle. Die "Integrationswissenschaft" war die geradezu offiziöse Doktrin. Aber die in den 60er Jahren einsetzenden,

zunächst nur subkutan wahrnehmbaren Veränderungen der Einschätzung von Wissenschaft in der Gesellschaft gingen am OSI nicht nur nicht vorbei, sie fanden hier einen weithin sichtbaren und außerordentlich wirkungsvollen symbolträchtigen Ausdruck. Für das Fach führten sie zu einer Krise der Integrationswissenschaft.

Die deutsche Politikwissenschaft war in der zweiten Hälfte der 60er Jahre doppelt herausgefordert. *Zum einen* wurde angemahnt, daß sie sich entgegen einer angestaubten Institutionenlehre moderner sozialwissenschaftlicher Methoden und Modelle bedienen müsse, wie sie in den USA entwickelt wurden: empirische Sozialforschung für das alltägliche Geschäft, Systemtheorie für den theoretischen Überbau. Überbringer dieser Botschaft waren deutsche Politikwissenschaftler der zweiten Generation, die in den USA ihre wissenschaftliche Prägung erhalten hatten (so z.B. für Berlin: Naschold, Narr, Krippendorf). Angemahnt wurde eine Professionalisierung des Fachs, die sich der fortgeschrittensten Methoden bedienen müsse, um wirklich praxisrelevant zu werden. *Zum anderen* gab es eine kritische Wende der Politikwissenschaft in Richtung auf den Marxismus (personell häufig mit der Wende der Politikwissenschaft zur modernen Sozialwissenschaft verbunden). Auch hier stand die Forderung nach Professionalisierung im Sinne von Praxisbezug im Vordergrund. Nun allerdings mit der Volte, daß nur eine wirklich gesellschaftskritische, letztlich antikapitalistische und antiamerikanische Wissenschaft der Gesellschaft zur Emanzipation verhelfen könne. Als warnendes Menetekel stand stets der Vietnam-Krieg der USA im Hintergrund, in Deutschland wurde die Verabschiedung der Notstandsgesetze zum auslösenden Faktor. All das mündete in einen zunächst allgemein-kulturkritisch, später zunehmend marxistisch und dogmatisch ausgerichteten Frontalangriff auf die Grundlagen von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

Die 68er Auseinandersetzungen in Deutschland mit ihren Folge-Auseinandersetzungen der 70er Jahre sind in ihrer Bewertung heute wieder heiß umstritten. Das OSI stand 1968 symbolisch im Zentrum. Hier tobte der Kampf zwischen liberalen Reformern, die sich zunächst mühsam - und zwar pikanterweise mit Hilfe des Staates - gegen die alte Ordinarienuniversität durchsetzen mußten, und den auf grundlegende Systemveränderung drängenden radikalen Kräften. Im Brennpunkt stand Alexander Schwan, und er wurde zur tragischen Figur. Er realisierte am OSI die von ihm als überfällig erachtete Öffnung und Demokratisierung der Hochschule, zugleich geriet er aber zunehmend in die Defensive gegenüber jenen Kräften, die in der Reform nur einen ersten Schritt zur grundlegenden sozialistischen Umgestaltung von Hochschule und Gesellschaft erblickten. Die Auseinandersetzungen gipfelten in dem unrühmlichen Versuch, in einer "Schweinejagd" Alexander Schwan nach einem "go in" aus dem Fenster zu werfen. Als persönlich

Beteiligter an diesen Auseinandersetzungen kann ich die damals vorherrschende Arroganz und Intoleranz der Radikalen nur beklagen; aus diesem Grund konstatiere ich mit eher gemischten Gefühlen die offensichtlich sehr weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen, die durch die 68er bewirkt wurden (und die in ihrem Ausmaß und in ihrer Tragweite vermutlich nach wie vor unterschätzt werden).

Bekanntlich radikalisierte sich die antiautoritäre Bewegung in den 70er Jahren zu neuen und bisher unerhörten Formen eines dogmatischen Autoritarismus in den "K-Gruppen". Die Politikwissenschaft in Berlin blieb von solchen Auswüchsen weitgehend verschont, weil sich Dozentenschaft und Studierende trotz tiefer politischer Risse in der Abwehr solcher Auswüchse ziemlich einig waren. Das Krisenpotential der Politikwissenschaft wurde vielmehr innerwissenschaftlich fortgeschrieben, und so kam es zu einer zweiten Krise der Integrationswissenschaft in den 70er Jahren. Es handelt sich um den Siegeszug der *Policy-Forschung*.

Diese Entwicklung verlief zunächst wenig spektakulär und wurde in ihrer Brisanz für das Fach zunächst wenig wahrgenommen. Dabei ist sie mit der ersten Krise der Integrationswissenschaft auf eine merkwürdige Weise verwoben. In jener wurde immer wieder der mangelnde Praxisbezug der Politikwissenschaft beklagt, Abhilfe sollte die konsequente Umformung der Politikwissenschaft zu einer modernen Sozialwissenschaft und - so jedenfalls der damalige mainstream - zu einer emanzipatorischen, gesellschaftsverändernden Kraft erbringen. Aber die leitenden Modellvorstellungen - sei es die Systemtheorie der sogen. "bürgerlichen Wissenschaft", sei es der globale marxistische Zugriff mit den kruden Versuchen einer "Staatsableitung" - erwiesen sich sehr schnell als untauglich für einen brauchbaren Praxisbezug der Politikwissenschaft. Dieser war jedoch in den inhalts gesättigten Analysen der sogen. "Bindestrich-Politiken" zu finden, also Wohnungsbau-Politik, Arbeitsmarkt-Politik, Umwelt-Politik usw. Daß hierin nun zunehmend das Heil der Politikwissenschaft gesucht und scheinbar auch gefunden wurde, bleibt allerdings unerklärlich ohne den Hintergrund einer Planungseuphorie in der Gesellschaft der 70er Jahre, die in ihrer Vorstellung einer rationalen Gestaltung und Veränderbarkeit der Verhältnisse mit dem Impetus der 68er zutiefst verbunden war. Etwas überspitzt ließe sich über die Policy-Forschung der 70er Jahre sagen: Sie war Gesellschaftskritik, abzüglich Kulturkritik, und fortgesetzt mit empirischen Mitteln. Nicht umsonst war sie vor allem in der Sozialdemokratie beheimatet.

Nun ist die Planungseuphorie der 70er Jahre längst verflogen, Policy-Forschung aber gibt es immer noch, und dies aus gutem Grund. Sie stellt ohne jeden Zweifel die denkbar bestmögliche Form des Praxisbezugs der Politikwissenschaft her, weil sie sich mit realen Problemen der Gesellschaft befaßt und wirklich weiß, wovon sie spricht. Sie hat damit erstmals nach den 50er Jahren einen neuen Professionalisierungsschub der

Politikwissenschaft bewirkt. Der Preis allerdings ist hoch, und es ist immer wieder zu fragen, ob wir ihn wirklich bezahlen wollen. Er liegt in der Zersplitterung der Politikwissenschaft in Spezialisten und eine Unzahl erforderlicher Spezialstudien. Politikwissenschaft droht zu einem Sachverständigenrat für Bindestriche zu verkümmern. Die Einheit des Fachs wird nirgendwo mehr sichtbar, und den Studierenden wird aufgegeben, das zusammenzusehen, was die Wissenschaft selbst schon lange nicht mehr integriert. Es ist zugegebenermaßen etwas spekulativ, einen Zusammenhang auch sachlich zu konstruieren, der zeitlich auf jeden Fall besteht. Mit dem Aufstieg der Policy-Forschung beginnt der Abwehrkampf gegen Sparmaßnahmen. Das Otto-Suhr-Institut (bzw. der damalige Fachbereich Politische Wissenschaft) hatte in der zweiten Hälfte der 70er Jahre seinen höchsten Personalbestand, seit Beginn der 80er Jahre begannen die Reduzierungen. Ich selbst habe als Dekan (damals hieß ich "Sprecher") im Jahr 1983 den ersten Strukturplan für die Politikwissenschaft vorgelegt, er wurde wie bei uns üblich einvernehmlich verabschiedet. Dieser Strukturplan sollte nicht der letzte bleiben ... Es gab sicherlich vielerlei Gründe, auch gute Gründe, den überbordenden Personalbestand des OSI auf überschaubare Größen zurückzuführen. Es wurde aber immer schwieriger, Kriterien für einen notwendigen Mindestbestand der Berliner Politikwissenschaft zu finden, weil die Professionalisierung des Fachs in seinem Kernbereich gescheitert und in die Bindestrich-Politiken der Policy-Forschung ausgewandert war. Die Anrufung einer Berliner Tradition der Integrationswissenschaft lief zunehmend ins Leere. Ein 1986 eigens veranstalteter Kongreß zum Verhältnis von Politikwissenschaft und Policy-Forschung hat das Dilemma sehr plastisch sichtbar gemacht. Es hat auch Gegenbewegungen gegeben, so etwa den Versuch, über zentrale Themen wie "Institutionen" die Einheit des Fachs mit der Professionalität von Sachanalyse und Praxisbezug zu verbinden. Die Berliner Politikwissenschaft war hierbei nicht übermäßig engagiert, aber sie wurde ohnehin aus einer ganz anderen Ecke gewissermaßen "kalt" erwischt. Seit 1989/90 stellt sich mit der deutschen Einheit die Professionalisierungsproblematik für das OSI völlig neu.

### *3. Berliner Politikwissenschaft nach der deutschen Einheit: Abschied von der Professionalisierung?*

Die deutsche Einheit markiert für die Politikwissenschaft nicht nur den unrühmlichen Glanzpunkt, daß ihre eigene Prognose-Unfähigkeit im Falle der sozialistischen Systeme allseits sichtbar wurde. Da hat sie einfach Pech gehabt, denn meistens lassen sich eigene Falsifikationen in der Wissenschaft besser verschleiern. Sie hat aber auch in anderer Weise Pech gehabt, und das macht Professionalisierung erneut und von ganz anderer Seite zu einem drängenden Problem. Zwei Komponenten kommen hier nach meiner Einschätzung auf eine für uns unangenehme Weise zusammen.

*Zum einen* machte es der Aufbau der Politikwissenschaft an den ostdeutschen Universitäten zwingend erforderlich, sich auf die Kerngehalte des Fachs zu besinnen, weil allzu ausdifferenzierte Stellenplanungen nicht realistisch finanzierbar waren. Das Ergebnis waren Variationen der Bereiche Politische Theorie, Politisches System und Internationale Beziehungen mit einigen zusätzlichen Spezialisierungen. Auf diese Weise hat sich - von uns mitbewirkt - ein Konsens darüber herausgebildet, was als unabdingbar und was als "Luxus" im Fach Politikwissenschaft anzusehen ist. Das für das OSI so ungünstige Gutachten des Wissenschaftsrats baut auf dieser Vorstellung auf.

Zum anderen war es eine für das OSI außerordentlich folgenreiche Entscheidung des Berliner Senats, an der Humboldt-Universität parallel zum OSI eine gut ausgestattete Politikwissenschaft aufzubauen. Die problemlose persönliche Zusammenarbeit der Kollegen beider Universitäten ändert nichts an dem objektiven Problem, daß der Aufbau einer neuen Politikwissenschaft in Berlin angesichts der beschränkten Finanzlage ein Nullsummenspiel ist. Was die Humboldt-Universität gewinnt, verliert die Freie Universität - Kürzungen für die Wissenschaft insgesamt noch nicht einmal eingerechnet. Für die Politikwissenschaft gilt das Nullsummenspiel intern ebenso wie in der Fächerkonkurrenz.

Bereits der bisherige "Strukturplan 2003", der formell noch immer gültig ist, sieht nicht mehr als 14 Professuren im eigenen Bereich des OSI vor - eine gegenüber der Professorenherrlichkeit von fast 50 Stellen in den 70er Jahren recht bescheidene Vorgabe. Es ist nicht zu sehen, wie an solch neuen Größenverhältnissen noch zu rütteln wäre, und es ist noch nicht einmal ersichtlich, warum es denn zwingend 14 oder 12 oder 10 Professuren am OSI sein sollen, wenn die verbleibende Tradition der Integrationswissenschaft als alleiniges Kriterium nicht mehr zählt.

Kann es Professionalität der Politikwissenschaft am OSI unter solchen Bedingungen noch geben? Professionalität setzt immer Ausdifferenzierung und damit eine über den Kern erheblich hinausgehende Anzahl von Professuren voraus. Für die Politikwissenschaft im internationalen Maßstab ist das selbstverständlich. Nach diesem Kriterium markieren die 90er Jahre für das OSI eine negative Professionalisierung. Aber Professionalisierung kann sich auch nicht darin erschöpfen, einmal bestehende Strukturen nur zu erhalten. Es gilt, die gegenwärtigen Aufgaben des Fachs zu definieren - nämlich festzustellen, was derzeit seine Professionalität ausmacht - und mögliche Ressourcen entsprechend effektiv zu organisieren. Das ist unsere Aufgabe.